

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

24.7.1931 (No. 170)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
i. V.:
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjähr. 25 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen am 15. d. M. bis zum 1. d. Folgemonats. — Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu lesen und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abbestellungen, Abänderungen und Kontroversen fällt der Abbestellende die Verantwortung. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Beschädigung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Postfachblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Ergebnis von London Der Schlussbericht

Die Londoner Siebenmächtenkonferenz hat in ihrer Schlussfassung am Donnerstagvormittag folgende Rundgebung beschlossen:

„Die kürzlichen übermäßigen Abzüge von Kapital aus Deutschland haben eine akute Finanzkrise herbeigeführt. Sie wurde verursacht durch Mangel an Vertrauen, welcher durch die wirtschaftliche und budgetäre Lage des Landes nicht gerechtfertigt ist. Um die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Deutschlands zu sichern, die im Interesse der ganzen Welt wesentlich ist, sind die auf der Konferenz vertretenen Regierungen bereit, soweit es in ihrer Macht steht, zur Wiederherstellung des Vertrauens zusammenzuarbeiten. Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen sind bereit, folgende Vorschläge den Finanzinstituten ihrer Länder zur Lindereung der gegenwärtigen Lage zur Berücksichtigung zu empfehlen:

1. Der 100-Millionen-Dollar-Kredit der Notenbanken, der vor kurzem unter der Führung der W.B. der Reichsbank zur Verfügung gestellt wurde, soll bei seiner Fälligkeit für drei Monate verlängert werden.

2. Gemeinsame Maßnahmen sollen von den Finanzinstituten der beteiligten Länder ergriffen werden, um die Kredite in dem Umfang aufrechtzuerhalten, in welchem sie Deutschland bereits gemährt sind.

Die Konferenz empfiehlt, daß die W.B. aufgefordert werden soll, sofort ein Komitee einzusetzen, ein Komitee von Vertretern, welche zu ernennen sind von den Gouverneuren der Notenbanken, die daran interessiert sind, den unmittelbaren Bedarf für neue Kredite Deutschlands zu prüfen und die Möglichkeit der Umbildung eines Teiles der kurzfristigen Kredite in langfristige zu untersuchen.

Die Konferenz hat mit Interesse Kenntnis genommen von einer Mitteilung Dr. Brüning's über die gemeinschaftliche Garantie, welche die deutsche Industrie vor kurzem der Goldkreditbank zur Verfügung gestellt hat. Die Konferenz ist der Meinung, daß eine solche Garantie es möglich machen sollte, eine gesunde Basis für die Wiederaufnahme der normalen internationalen Kreditbeziehungen herzustellen.

Die Konferenz ist der Meinung, daß diese Maßnahmen, wenn sie durchgeführt werden, eine Basis für eine dauerhafte Aktion bilden werden, die zu folgen hat.

Die Konferenz beschloß ferner, daß das Expertenkomitee mit der Ausarbeitung der Details für die Zinsangleichung des von Präsident Hoover vorgeschlagenen Feiertages fortfahren soll.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz sagt man in Berliner politischen Kreisen dahin zusammen, daß das Zustandekommen des Stillhaltefortschritts die Gewähr dafür bietet, daß keine weiteren Devisenabzüge die Lage Deutschlands weiter mitschweren. Ferner wird betont, daß London ja nicht ein Abschluß ist, daß die internationalen Besprechungen vielmehr weitergehen. Das kommt zunächst zum Ausdruck in dem bevorstehenden Besuch Stimson's und der beiden englischen Staatsmänner in Berlin; ferner liegen wieder Nachrichten über eine neue Zusammenkunft der deutschen und der französischen Regierungsveteren vor. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die französischen Minister genau so nach Berlin kommen, wie der Kanzler und der Reichsaussenminister ihren Besuch in Paris gemacht haben. Schließlich wird bei der vorläufigen Würdigung des Konferenzergebnisses auch noch unterstrichen, daß die deutschen Vertreter keinerlei politischen Bedingungen sich gefügt haben.

Der Reichskanzler hat nach Schluß der Konferenz den deutschen Pressevertretern in London erklärt: „Der Ausgang der Konferenz ist ein sehr guter.“ Zu der oben im Wortlaut mitgeteilten Schlussklärung der Konferenz bemerkte der Reichskanzler im einzelnen, daß die Formulierung der Beschlüsse in sehr weitem Maße im Sinne der deutschen Wünsche erfolgt sei. Es seien am Donnerstag noch einige Änderungen getroffen worden, die Deutschland angenehm waren. Es handelte sich um eine Zwischenlösung. Mit einer Schnelllösung auf langfristiger Basis hätten wir nicht gerechnet. Ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten einer solchen internationalen Anleihe, die monatelange Vorbereitungen erforderlich macht, ist es von Anfang an klar gewesen, daß eine Einigung über eine solche Anleihe zur Stunde wenigstens zwischen Amerika, England und Frankreich gar nicht erzielbar ist. Auch die Verfassung der Vereinigten Staaten hätte es ihnen unmöglich gemacht, an einer langfristigen Anleihe teilzunehmen. Dazu kommt die Lage des Londoner Kapitalmarktes, die zur Zeit eine solche Anleihe schon als gänzlich ausgeschlossen erscheinen läßt. Die Tatsache, daß eine Reihe ausländischer Bankiers in absehbarer Zeit nach Berlin kommen wird, um die deutschen Finanzverhältnisse zu studieren, muß als Beweis dafür angesehen werden, daß der Abschluß in London nur als Zwischenmaßnahme angesehen wird. Wir haben es in London durchgesetzt, daß die Mitglieder der Bankierkommission nicht von der W.B., sondern von den Notenbanken ernannt werden. Im Verlauf seiner Ausführungen ließ der Reichskanzler ferner durchblicken, daß es die Möglichkeit geben könnte, später zu langfristigen Anleihen zu kommen.

Präsident Hoover erklärte — wie aus Washington gemeldet wird — die Londoner Konferenz habe eine feste Grundlage für die Errichtung der Stabilität Deutschlands geschaffen. Die Konferenz vervollständigt die Vertagung der internationalen Schuldenzahlungen und ihre gemeinsame Wirkung, die es den Deutschen gestattet, mit ihren Hilfsquellen, ihrem uner-

Letzte Nachrichten

Eine kurze politische Pause Berlin und das Londoner Ergebnis

BRN, Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist eine Ministerbesprechung, die für heute vormittag angesetzt war, wieder abgesetzt worden. Das Kabinett wartet jetzt die Rückkehr des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers ab, die ihm schon in einer morgigen Sitzung über das Berichteten werden, was in London noch neben der Konferenz besprochen worden ist. Dieser Bericht wird die Grundlage für die weiteren Maßnahmen bilden, mit denen die Reichsregierung sich in der nächsten Woche beschäftigen wird. Bis zur Rückkehr der deutschen Delegation aber wird jedenfalls keine weitere Entschliessung des Kabinetts erwartet.

M. Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Im Kabinettsrat des Reichstags hatte Minister Treutmann u. a. erklärt, daß Reichsfinanzminister Dietrich in den nächsten Tagen nach London fahren werde. Wie wir hören, lag eine Aufforderung an Dietrich tatsächlich vor, zu Besprechungen nach England zu kommen, doch hat er sie mit Rücksicht darauf, daß er in den nächsten Tagen in Berlin unabkömmlich sein werde, ablehnen müssen.

Die Abreise der Delegationen von England
BRN, London, 24. Juli. (Tel.) Die deutsche, französische und die belgische Delegation haben heute früh London verlassen. Reichsfinanzminister Dr. Brüning und Ministerpräsident Laval tauschten herzliche Abschiedsworte.

Die deutschen und französischen Staatsmänner reisten im gleichen Zuge bis zur Küste. Zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden, um den Ministern Lebewohl zu sagen. Unter Glückwunsch- und Lebewohlrufen siehe sich der Zug in Bewegung.

Die Frage des Diskontsatzes

BRN, Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Die Nachrichten, wonach in den nächsten Tagen eine Heraushebung des Reichsbankdiskontsatzes von 10 auf 25 Prozent erfolgen wird, entsprechen nicht den Tatsachen. Man steht an maßgebender Stelle auf dem Standpunkt, daß eine Diskontmaßnahme, solange der Zahlungsverkehr in der gebundenen Form aufrechterhalten bleibt, praktisch ohne Wirkung ist. Die Frage einer weiteren Heraushebung des Diskontsatzes, die wohl zur Erörterung steht, kann zu einer praktischen Entscheidung erst gebracht werden, wenn der Zahlungsverkehr gelockert und der normale Verkehr der Banken wiederhergestellt wird.

Ein großer Teil der am Zahlungsverkehr beteiligten Institute ist für eine schnelle Rückkehr zum normalen Zahlungsverkehr und hält die durch die gestrige Notverordnung getroffene Neuregelung, die für die Zeit vom 24. bis 28. Juli gilt, für unbedenklich. Eine Diskonterrhöhung auf 25 Prozent kommt jedoch keineswegs in Frage, sondern die Erwägungen betreffen eine solche auf 15 Prozent. Selbstverständlich spielen auch die neueren Ergebnisse der Londoner Besprechungen, an denen betanlich ein Vertreter der Reichsbank teilgenommen hat, für Beschlüsse der Reichsbank in jeder Hinsicht eine maßgebende Rolle.

Sparmaßnahmen bei der Reichswehr

M. Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Der Reichswehrminister hat verfügt, daß alle Truppenübungen außerhalb der Garnisonen unterbleiben. Die Anordnung ist lediglich aus Sparmaßnahmerückgründen erfolgt und durch Staatsstreikungen veranlaßt worden. Andere Gründe liegen dafür nicht vor.

Das französische „Abrüstungs“-Memorandum

BRN, Paris, 24. Juli. (Tel.) Der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum, bezeichnet im „Populaire“ die Veröffentlichung des französischen Memorandums über die Abrüstung als unstatthaft. Das Memorandum schein, meint Blum, von vornherein die Abrüstungskonferenz von 1932 mit einem Mißerfolg zu bedrohen. Die Regierung habe das Memorandum veröffentlicht, ohne den Abschluß der Londoner Verhandlungen abzuwarten, und noch bevor das Parlament über den Wortlaut des Mandats sich ausgesprochen habe, dem die Regierung sich zu unterwerfen versprochen hatte. Die Regierung habe ein Mandat erhalten und müsse Rechenschaft geben. Zum Schluß fragt Blum, wann die Regierung das Parlament einzuberufen gedenke.

Der frühere König von Spanien soll beabsichtigen, sich endgültig in Frankreich niederzulassen. Jedenfalls berichten Pariser Blätter, daß er ein aus dem Mittelalter stammendes Schloß aus dem Nachlaß einer Baronin Rothschild zum Preise von 18 Millionen Franken käuflich erworben habe und dorthin überzusiedeln gedenke.

mühtigen Fleiß und ihrem Mut, ihre zeitweiligen Schwierigkeiten zu beheben und ihren Kredit wieder herzustellen. Das Hauptproblem beziehe sich in erster Linie auf die Lage der Banken, und es sei besser, daß es durch die Zusammenarbeit der Bankiers gelöst werde, als durch die Regierungen, deren Interesse sich widersprächen. Eine solche Grundlage für die Zusammenarbeit sei jetzt gesichert.

Wirtschaftliche Umschau

Der eingeschränkte Zahlungsverkehr — Golddecke und Zahlungsmittelumlauf — Kapitalflucht und unnütze Auslandsreisen

Daß es mit den Auszahlungsbefristungen für Banken, Sparkassen usw. nicht auf die Dauer so weitergehen kann, und daß die noch in Kraft befindlichen Maßnahmen nur vorübergehenden Charakter haben können, darüber ist man sich auf allen Seiten einig. Es fragt sich nur, wie man den Weg zu normalen Verhältnissen wieder finden soll. Eine Beschränkung des Notenumlaufs ist weiter unbedingt notwendig, wenn auch das Maß im Hinblick auf die Stabilität der Währung nicht unbedingt an die geltenden Deckungsvorschriften gebunden sein mag (worüber wir noch weiter unten zu sprechen kommen). Das Problem bleibt bestehen, den gesamten Zahlungsverkehr baldmöglichst wieder in Gang zu bringen, da sonst immer mehr Unternehmungen infolge von Zahlungsmittelengpässen von Schwierigkeiten bedroht werden.

Es handelt sich freilich nicht nur um die Geldknappheit und die Schwierigkeiten des einen oder anderen Instituts, sondern die gesamte Finanz-, Geld- und Währungslage hat die Notmaßnahmen hervorgerufen und wirkt weiter auf ihre Gestaltung ein. Deshalb hat jede Kritik daran außerordentlich viel zu berücksichtigen, bei den Einschränkungen des Zahlungsverkehrs genau so wie bei den Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und gegen die unnütze Auslandsreisen. Viele Kritiker machen es sich furchtbar leicht. Sie heben die dadurch entstandenen Schwierigkeiten für bestimmte Wirtschaftskreise, Berufsgruppen und Personenteile hervor und wollen damit die Abänderungsnotwendigkeiten beweisen. Die allgemeine Not verlangt aber von allen Einschränkungen und Opfer. Es ist notwendig, das in erster Linie dem deutschen Volk zu sagen. Wenn man beim Zahlungsverkehr wieder zu normalen Verhältnissen kommen will, dann müssen zwei Gefahren möglichst ausgeschaltet werden, die Notenumlauf und die Umwandlung von Noten in Devisen. Es handelt sich hier um eine Vertrauensfrage, und deshalb werden alle Maßnahmen, die eine Liquidierung dieser Zustände anstreben, diesen Gesichtspunkt in Rücksicht stellen müssen, wie wir uns auch zu vergegenwärtigen haben, daß es sich zudem um ein internationales Problem handelt, das außerdem und grundlegend letzten Endes nur durch internationale Zusammenarbeit zu beheben ist.

Die Entwicklung nach dem Krieg hat in der Frage der Goldbestände der Notenbanken neue Verhältnisse ergeben dadurch, daß das Gold als Zahlungsmittel für den Zahlungsverkehr ausgeschaltet wurde, und zwar in allen Staaten. Demgemäß konnte auch die Reichsbank mit der Herabsetzung der Deckungsgrenze unbedenklich vorgehen. Eine Inflation entsteht ja nur dadurch, daß zu große Mengen Noten über den Bedarf hinaus in Verkehr kommen, daß ein zusätzlicher Zahlungsmittelumlauf geschaffen wird, und daß ein finanziell kranker Staat, um es kurz zu sagen, es versteht, Mehrausgaben einfach durch Notendruck zu finanzieren. Wir haben solche Zeiten in der Nachkriegszeit bis 1923 erlebt und insbesondere das ungeheure Fiasko, als man versuchte, zuletzt die Kosten des Ruhrkampfes mit der Notenpresse aufzubringen. Nach dem neuen Reichsbankgesetz steht die Reichsbank absolut unabhängig von der Reichsregierung da, und sie wird sich auch von ihr nicht zwingen lassen, gegen Vergabe von Kreditzertifikaten immer mehr Noten für sie zu drucken. Heute dient der Goldvorrat der Reichsbank — wie auch der der übrigen Notenbanken des Auslands — ausschließlich zum Ausgleich von Fehlbeträgen in der internationalen Zahlungsbilanz eines Landes, und auch das nur immer so lange, bis durch wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen diese Fehlbeträge beboben sind. Es mehren sich deshalb — im Ausland — die Stimmen, die Verbindung zwischen Goldvorrat und Geldschöpfung der Notenbanken zu lösen, was allerdings nur dann möglich wäre, wenn andere Bestimmungen getroffen würden, welche ein Anschwellen des Zahlungsmittelsumlaufs über den Bedarf auf jeden Fall und sicher verhindern. Die Deckungsvorschriften sind eben deshalb heute noch sehr wichtig, weil sie eine unbedingte Sicherheit gegen einen zu großen Notenumlauf schaffen. Vorschläge, die in England gemacht werden, wollen an Stelle der Deckungsvorschriften Bestimmungen setzen, die das

Notenausgaberecht an bestimmte Konjunkturmehrfache bindet, wobei jedoch auch vor allem eine obere Grenze für den Notenumlauf gesetzlich bestimmt wird.

Die Zahlungseinschränkungen, unter denen ja jeder einzelne zu leiden hat, sind hauptsächlich oder wenigstens zunächst durch die Deckungsvorschriften bestimmt, wie ja auch die Reichsbank dadurch, daß sie die 40prozentige Deckungsgrenze, — wozu sie gesetzlich berechtigt war — herabsetzte, sich größere Bewegungsfreiheit verschaffte. Das hat freilich seine Grenzen. Auch ohne jede Deckungsvorschrift wäre es nicht möglich, ohne Gefahr der Inflation, einen Zahlungsmittelbedarf zu bestreiten, der aus einer Umwandlung des größten Teils der Guthaben bei den Kreditinstituten in Zahlungsmittel bestände. Will man — bei einem Andauern des Andrangs auf die Kassen — die Zahlungseinschränkungen weiter mildern, so bleibt nur der Weg einer weiteren Kreditvermehrung, also einer neuen Heraussetzung des Reichsbankdiskonts, womit auch eine Erhöhung der Zinsen verbunden ist. Es kommt darauf an, was man für das geringere Übel ansieht: Andauern der Zahlungseinschränkungen oder neue Kreditvermehrung.

Das Verderblichste ist die Notensamsterei. Noten sind nach der heutigen Entwicklung des Geldwesens lediglich für den Verkehr bestimmt und haben auch eine ganz andere Funktion, als die Goldstücke und Taler der guten alten Zeit, die aus Mangel an Anlagemöglichkeiten zinslos hingelegt werden mußten. Deshalb erfüllt derjenige — volkswirtschaftlich betrachtet, kaum zwar von seinem eigenen Interesse aus — doch noch eine bessere Funktion, der seine abgehobenen Banknoten gleich in das nächste Geschäft trägt und sich dafür etwas kauft, wenn auch der Grund der ist, daß er die Geldwertverminderung fürchtet und sich deshalb in Sachwerte flüchten will. Deshalb ist es auch durchaus nicht zu tadeln, daß einzelne Firmen Sparbüchlein in Zahlung nehmen. Sie verringern dadurch die Zahlungsmittelnot (und die Hamsterkäufe schaden dann zunächst nicht, höchstens dem Käufer), wenn das Geld von dem betreffenden Geschäftsmann wieder weiter an die Kreditinstitute zurückfließt. Solche Hamsterkäufe leisten sogar den in der gegenwärtigen Krise der Wirtschaft durchaus wünschenswerten Abbau der Lager ein und sind vom allgemeinen Standpunkt aus deshalb solange unbedenklich, als sie nicht etwa Preissteigerungen hervorrufen.

Die Maßnahmen gegen Kapitalflucht sind sehr hart, aber in Anbetracht der gegenwärtigen Lage Deutschlands so notwendig, daß sich sogar das Ausland gewundert hat, daß sie solange Zeit nicht eingeführt wurden. Das Gleiche ist übrigens auch mit den Maßnahmen der Fall, die sich gegen die unnötigen Auslandsreisen wenden. Auch Ausländer, Schweizer und Dänen, haben sich uns gegenüber dahin ausgesprochen, daß Deutschland, da es sich ja um hunderte von Millionen Reichsmark handelt, augenblicklich gar nicht anders könne, und ihre Verwunderung darüber ausgedrückt, daß es deutsche Zeitungen gebe, die in unglaublicher Kurzsichtigkeit deshalb den Reichsfinanzminister aufs heftigste angreifen. Die Proteste aus den Nachbarstaaten, wie die Schweiz und Österreich sind gewiß zu verstehen. Bei der Schweiz handelt es sich um ein sehr reich gewordenen Land, das diese Ausfälle wird ertragen können. Österreich würde man sicher gerne entgegenkommen, gelänge es, Sicherheiten dagegen zu schaffen, daß diejenigen, die dorthin ausreisen, nicht weiter ins andere Ausland fahren. Die Ausgaben deutscher Reisender im Ausland werden auf 300 Millionen Reichsmark im Jahr geschätzt, also eine sehr beträchtliche Summe, und man kann sich ausrechnen, wie viel Menschen dafür in Deutschland Beschäftigung finden könnten. Dagegen bringt der Reiseverkehr von Ausländern nach Deutschland vielleicht 100 Millionen, d. h. den dritten Teil. Zum mindesten muß hier ein Ausgleich herbeigeführt werden, der auch für bessere Zeiten wichtig ist. In einer Notzeit wie der gegenwärtigen, sind jedenfalls solche Kapitalabflüsse, die ja schon seit Jahren andauern, unerträglich. Stimmen aus Frankreich beklagen, man habe sich nicht genug über die hunderte durch das Land fahrenden vollbesetzten Autos mit frohgestimmten deutschen Vergnügungsreisenden wundern können, während Deutschland der ganzen Welt seine Not klagte!

Die Kapitalflucht Deutschlands selbst — die in erster Linie Steuerflucht ist, in zweiter Linie und zu wesentlich geringeren Beträgen gewiß auch auf Währungsangst zurückzuführen wird — soll nach neueren Schätzungen den Betrag von 8 bis 11 Milliarden Reichsmark erreichen. Diese ungeheure Summe fehlt unjener kapitalentblöhten Wirtschaft und die Steuerzufälle daraus muß die deutsche Arbeit immer wieder aufzubringen versuchen. Auslandskonten sind ja eigentlich nur für diejenigen Handels- und Industriefirmen berechtigt, die Auslandsverbindungen unterhalten und Auslandskäufe tätigen müssen. Andere Firmen aber, die in Deutschland nur kleine Vermögen unterhalten und demgemäß hier nur versteuern, lassen sich zweifellos dabei von Steuerflucht leiten. Das Schlimmste ist ja auch bekanntlich dabei, daß wir dafür wieder Auslandsgelder, die in Wirklichkeit deutsche Vermögensanlagen sind, an denen das Ausland ausgezehrt verdient, zu hohen Zinsen hereinnehmen müssen. Auch die harten Strafen, welche das Kapitalfluchtgesetz vorseht, sind gerechtfertigt; es ist nur zu wünschen, daß sie Wirkung haben und daß möglichst viele nun von der vorgeschriebenen Amnestie Gebrauch machen und der deutschen Volkswirtschaft und dem deutschen Volk das geben, was ihr Recht ist.

Die Besuche in Berlin

Samstag Stimson — Montag die Engländer

BR. Berlin, 23. Juli. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird Staatssekretär Stimson nun doch nicht mit der deutschen Delegation nach Berlin kommen, sondern, während sie bereits Samstag früh hier eintrifft, erst am Samstagabend mit seinem Sekretär in Berlin sein. Der Besuch wird bis Montagvormittag erwartet, Macdonald am Nachmittag, da er erst Montag vormittag von London abfliegt. Da der Besuch der englischen Minister nun nicht den Charakter eines Wochenendes hat, ist der Gedanke eines Aufenthaltes im Jagdschloß Hubertusstod aufgegeben worden. Macdonald und Genderson werden am Mittwoch heimreisen.

Der Besuch Stimsons hat lebhaft inoffiziellen Charakter, da man durch Veranstellungen keine Zeit verlieren will, über den Besuch La Vass in Berlin ist bisher keine Vereinbarung getroffen. Jedoch hat die Tatsache als solche als feststehend zu gelten. Ein Termin ist jedoch nicht in Aussicht genommen.

Amerika zur Lage Deutschlands

Im Washingtoner Staatsdepartement wurde bekanntgegeben, daß Stimson nunmehr nach Berlin reisen könne, um sich an Ort und Stelle über die deutschen Verhältnisse zu orientieren. Die Beschaffung neuer Kapitalien sei Aufgabe des Komitees, das von der B.Z. so schnell wie möglich einzuberufen sei und das hoffentlich schon in den nächsten Tagen zusammentreten und Mittel und Wege zur Stabilisierung der deutschen Finanzlage besprechen werde. Inzwischen werde die mit Frankreichs Zustimmung in London erfolgte Einigung einen guten psychologischen Erfolg haben und es dem Komitee ermöglichen, einen auf lange Sicht errechneten Plan zur Sanierung Deutschlands auszuarbeiten. Leider sei es sehr schwer, die Banken der Welt zur sofortigen Bewilligung neuer Kredite zu veranlassen. Man hoffe aber in Washington trotzdem zuversichtlich, daß neues Geld nach Deutschland fließen werde, sobald erst das Vertrauen in Deutschlands Stabilität wieder hergestellt sei. Um dies zu erreichen, müsse die Politik der Reichsregierung, durch energische Maßnahmen die Flucht aus der Mark zu verhindern, fortgesetzt werden. Der erhebliche Fortschritt, den die Reichsregierung in dieser Richtung bereits erzielt habe, sei ein erfreuliches und ermutigendes Zeichen für die Zukunft.

Die heutige New-Yorker Presse, die Banken und die Börse

BR. New York, 24. Juli. Übereinstimmend kommt in den heutigen Morgenblättern zum Ausdruck, daß die Londoner Konferenz immerhin die Grundlage für weitere Aktionen geschaffen habe, eine Auffassung, der sich auch die Bankwelt im allgemeinen anzuschließen scheint, obwohl aus Finanzkreisen betont wird, daß die gestrige Diskonterhöhung in London keineswegs einen optimistischen Kommentar zu dem bisher Erreichten darstelle.

Was die Frage der kurzfristigen Kredite anlangt, so ist hier ein bedeutsamer Fortschritt insofern zu verzeichnen, als verschiedene Banken erklärt haben, daß ihre auswärtigen Korrespondenzfirmen versichert hätten, sie wollten sich der Verlängerungssaktion anschließen. Das ist insofern wesentlich, als Amerika nicht unerheblich an den kurzfristigen Krediten beteiligt ist. Sowohl hier wie im Westen scheinen jedoch die Banken Wert darauf zu legen, sich ihre Handlungsfreiheit in den speziellen Fragen zu bewahren und alles von der weiteren ruhigen Entwicklung der Dinge selber abhängig zu machen. In den Finanzkreisen wird das Zusammengehen mit dem Londoner Plan hervorgehoben, das vor allem darin seinen Ausdruck findet, daß die hiesige Bankwelt im Gegensatz zu den Pariser Instituten darauf verzichtet habe, sich durch Goldabverkauf aus London Gewinne zu verschaffen.

Zur Diskonterhöhung der Bank von England

BR. London, 24. Juli. (Tel.) Die Diskonterhöhung der Bank von England gibt den Blättern Anlaß zu mehr oder weniger umfangreichen Kommentaren. „Times“ schreibt: Der Schritt der Bank ist natürlich bestimmt, den Besitz von Guthaben in London gewinnbringender und damit anziehender zu machen und so den Goldabfluß einzuschränken. Inzwischen sind noch weitere Goldverluste zu erwarten, bis die Nervosität und Aufregung infolge der deutschen Krise sich gelegt haben, denn die Preisrisiko ist verantwortlich für das Sinken des Sterlingwertes, den Goldverlust und die Erhöhung der Bankrate.

Wir erfahren, daß das abgegebene Gold zum größten Teil nach Frankreich geht, daß aber die Bank von Frankreich sich bemüht hat, die Bewegung zu entmutigen. Auch andere Stellen, die erkennen, daß der Goldstandard nur dann nutzbar gemacht und überhaupt im Interesse des internationalen Handels aufrechterhalten werden kann, wenn alle Beteiligten die Spielregel beobachten, haben ihr Bestes getan, um dem gedankenlosen Vorgehen gewisser einzelner Personen und Geldinstitute ein Ende zu machen.

Die Folgen der Reparationszahlungen

Die Reparationsfrage muß aufgerollt werden

Wie Neuter meldet, werden die verhängnisvollen Folgen des Versuches der Alliierten, während der Weltwirtschaftskrise Reparationen von Deutschland zu verlangen, durch die von dem amerikanischen Handelsdepartement veröffentlichten Statistiken klar gezeigt. Daraus ergibt sich, daß für die am 31. Dezember 1930 beendete siebenjährige Periode die Handelsbilanz Deutschlands um 1,5 Milliarden Dollar passiv gewesen sei, in dieser Zeit während desselben Zeitraumes 2,5 Milliarden Dollar als Reparationen habe zahlen müssen. Um dies tun zu können, sei Deutschland gezwungen gewesen, 3 885 000 000 Dollar zu leihen.

Die New York Times schreibt, in Kreisen der Wallstreet sei man mehr und mehr davon überzeugt, daß durch die deutsche Krise unermesslich die Frage der Reparationen und der Kriegsschulden zur Diskussion kommen werde. Die meisten Zeitungen sehen eine Herabsetzung des Zahlungsmahes voraus. Laut „Daily Tribune“ hat der Vorschlag Hoover, Deutschland die gewährten Kredite eine gewisse Zeit zu überlassen, in Finanzkreisen kein günstiges Echo gefunden. In diesen Kreisen macht man einen Gegenvorschlag, der darauf hinausläuft, daß die für Deutschland unternommenen Schritte sich darauf beschränken sollen, die Reparationszahlungen herabzusetzen oder zu annullieren, damit die kommenden Generationen von dieser Last befreit werden.

Die Zollunion vor dem Saager Gerichtshof. Im Verlaufe seines Plaidoyers vor dem Saager Gerichtshof führte der Vertreter Österreichs, Dr. Kaufmann, den Nachweis, daß das Genfer Protokoll von 1922 Österreich bezüglich seiner Unabhängigkeit keine Verpflichtungen auferlegt habe, die über den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain hinausgehen.

Gegen die Kapitalflucht

Scharfes Zupacken der Behörden

Kaum war die Notverordnung gegen die Kapitalflucht ergangen, als auch schon eine Reihe von Anzeigen bei den Behörden der gegen einzelne Personen, vornehmlich aber die Leiter von Unternehmen einliefen, die Kapital im Ausland verschoben hatten bzw. verschoben haben sollten. Manche dieser Anzeigen charakterisierten sich schon der Form nach als reine Nachakte, insofern sie von ehemaligen Angestellten ausgingen, die von ihren Arbeitgebern entlassen worden waren. Aus Berlin wird dazu berichtet:

Die Polizeipräsidenten können auf die Dauer nicht alle diese Anzeigen wegen Kapitalflucht zu den Akten legen. Es haben vielmehr in allerletzter Zeit zwischen führenden deutschen und fremden Kriminalbehörden eine Reihe von Besprechungen stattgefunden, die eine gemeinsame Bekämpfung der Kapitalflucht bezwecken. Es handelt sich dabei nicht bloß um eine Fühlungnahme mit den obersten Kriminalbehörden Frankreichs und der Schweiz, sondern auch mit anderen Ländern. Dabei spielt die 100-M-Gebühr für Auslandsreisen insofern keine Rolle, als die Dienstreisen von Reichs- und Staatsbeamten auf Grund der neuesten Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung über die 100-M-Gebühr vollkommen gebührenfrei sind.

War in der ersten Notverordnung gegen die Kapitalflucht selbstamerweise die Erfassung der Wertpapiere in fremder Währung übersehen worden, so wird dieses Manko durch die Ausführungsbestimmungen zur Kapitalfluchtverordnung gründlich nachgeholt. Dabei wird unterschieden, zwischen Devisen unter 20 000 M und über 20 000 M. Sofort aufgegeben sind alle Devisen über 20 000 M. Sie sind der deutschen Reichsbank bis zum 29. Juli dieses Jahres, oder einem von der Reichsbank bestimmten Kreditinstitute anzubieten. Dabei ist ganz gleichgültig, ob sich diese Devisen in den Händen von Einzelpersonen oder von juristischen Personen befinden. Wer sich seiner Verpflichtung entzieht und seine Devisen bei der Reichsbank nicht anmeldet, verfällt den schweren Strafen der Kapitalfluchtverordnung.

Die Besitzer von Devisen unter 20 000 M mögen etwas erleichtert aufatmen, da ihr Devisenbesitz vorerst noch nicht aufgerufen wurde. Es ist aber noch nicht aller Tage Abend. Die Reichsregierung hat sich vielmehr vorbehalten, zur gegebenen Zeit auch diese Devisen aufzurufen und vorerst diesen Devisenbesitzern nahegelegt, freiwillig ihren Besitz der Reichsbank anzubieten. Ob die Abnahmebedingungen nach dem Aufzuge noch ebenso günstig sind wie heute, steht allerdings auf einem anderen Blatte.

Weitere Befreiungen von der Ausreisegeldgebühr

Der Reichsfinanzminister hat folgende weitere Erleichterungen getroffen:

Die Ausreisegeldgebühr von 100 RM wird nicht erhoben: Für den Grenzübertritt nach Danzig zum Zwecke des Besuchs der Danziger Festspiele (Juppoteer Waldoper). Für Mitglieder solcher Vereine, deren ausgesprochener Zweck die Pflege des Wandertourismus in einem deutschen Grenzgebirge oder in einem Gebirge, das sich in einem an Deutschland angrenzenden Lande befindet, für den Grenzübertritt. Als solche Vereine gelten: 1. der Deutsche und Österreichische Alpenverein, 2. der Deutsche Alpenverein e. V., Berlin, 3. der Verein der Naturfreunde, 4. der Schweizerische Alpenklub, 5. der Erzgebirgsverein, 6. der Riesengebirgsverein, 7. der Beskidenverein, 8. der Karpathenverein. Ein Befreiungsbescheid der Passbehörde ist auch hier nicht erforderlich. Es genügt, beim Grenzübertritt die Vorgehörigkeit der Mitgliedsliste des betreffenden Vereins. Die Befreiung erstreckt sich auch auf Ehefrau und Kinder.

Die erste „Entgegung“ auf Grund der Notverordnung

Der Amtliche Preuß. Pressedienst teilt mit: Die preussische Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß von dem ihr durch die Notverordnung gegebenen Recht der Entgegung auf Artikel und andere Presseäußerungen nur äußerst zurückhaltend und ohne jede Engstirnigkeit und Kleinlichkeit Gebrauch gemacht werden soll. Der preussische Ministerpräsident hat sich jedoch entschlossen, einer Anzahl von Landtagsblättern eine Entgegung zum Ausdruck auf Grund der Notverordnung zugehen zu lassen, weil der in diesen Blättern abgedruckte Aufbruch des Vorsitzenden des Reichsbundes, des Grafen Kaldreuth, den Vorwurf der „Sabotage der Osthilfe“ durch die preussische Staatsregierung wiederholt, obwohl er schon mehrmals widerlegt worden ist.

Verstümmelter Mißbrauch eines Senders. In der Nacht zum Mittwoch ist verübt worden, den Langenberger Sender wahrscheinlich zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Passanten bemerkten auf einem zwischen Gärten und Feldern durchführenden Wege drei Personen, welche flüchteten, als ein Polizeibeamter erschien. Erst am Mittwochmorgen stellte man fest, daß die Täter einen Graben bis zum Erblabell des Langenberger Senders ausgehoben und verjagt hatten, eine Anschlußleitung herzustellen.

Bayreuther Festspiele. — Tristan und Isolde. Das Ereignis der Bayreuther Festspiele war am Donnerstag das Erscheinen Furtwänglers am Pult im Festspielhaus, der damit zum ersten Male in Bayreuth ein Werk des Meisters dirigierte. Stark kontrastieren die beiden Bayreuther Dirigentenpersönlichkeiten Toscanini und Furtwängler, wie es deutlicher kaum zum Vorschein kommen konnte, denn in diesen Tagen in Bayreuth, Furtwängler sah die Tristanmusik herb und scharf kontrastierend an. Seine Tempis waren straff, seiner schönen Präzision wurde etwas verschleppelt. Nach dem klaren Vorspiel hatte der erste und zweite Aufzug und der Ausklang durch die überragende künstlerische Persönlichkeit der Partien Töden selten schöne Höhepunkte. Das Orchester, das Furtwängler vor Monaten zu den Festspielen zusammengestellt hat, spielte unter seiner Leitung sehr ausgeglichene, vor allem in den Bläsergruppen. Starke Beifall des dicht besetzten Hauses nach allen Aufzügen.

Staatsrat Prof. D. Dr. v. Rümelin †. In Tübingen starb im Alter von 70 Jahren der Professor der Rechtswissenschaft und Kanzler der Universität Tübingen, Staatsrat D. Dr. Max v. Rümelin. Der Entschlafene war ein Sohn des früheren württembergischen Kultusministers und späteren Tübinger Rechtslehrers und Universitätskanzlers Dr. Gustav Rümelin. Seit 1908 war er, wie sein Vater, Kanzler der Universität Tübingen.

Der Präsident des Österreichischen Aero-Clubs †. In Wien verstarb am Mittwoch der Präsident des Österreichischen Aero-Clubs, Alexander Cassinone. Er war gebürtiger Karlsruher, sein Vater war ein Techniker — er war Generaldirektor der Maschinenbau-AG. Körting — nach Österreich gebrannt. Neben seiner beruflichen Tätigkeit hat er sich als Förderer des österreichischen Flugwesens und des Automobilsports außerordentliche Verdienste erworben. Ein Schulkamerad von ihm war Dr. Edener.

Die Arktisfahrt des „Graf Zeppelin“

Start zur 1. Etappe: Berlin

M. W. Friedrichshafen, 24. Juli. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen um 9.51 Uhr zur ersten Etappe nach Berlin auf seiner Polarfahrt gestartet.

Beim Start trug die Mannschaft Polarleibung, deren charakteristisches Merkmal der graubraune Stanzzug ist. Die Besatzung ist auf 30 Personen gestiegen, da Kapitän Fleming sich in letzter Stunde zur Teilnahme entschlossen hat. Außerdem befinden sich 16 Passagiere an Bord.

*

M. W. Friedrichshafen, 24. Juli. Friedrichshafen bildete auch heute wieder das gewöhnliche Bild eines großen Tages. Vor dem Start erklärte Dr. Edener u. a.:

Es war, wie bekannt sein wird, eine Lieblingsidee des Grafen Zeppelin, sein Luftschiff einmal im Dienste wissenschaftlicher Forschung verwenden zu sehen, und besonders das unzugängliche Gebiet der Arktis schenken ihm der Erforschung durch das Luftschiff vorbehalten zu sein. Wir wollen versuchen, den Gedanken des Grafen Zeppelin zur Durchführung zu bringen. Ich bedauere lebhaft, daß die Fahrt in einer so überaus frühen Zeit stattfindet. Aber vor drei Wochen waren die Vorbereitungen so weit gediehen, daß hierüber nicht mehr abgewichen werden konnte. Es waren schon Gelechte aus Amerika und aus dem sonstigen Auslande unterwegs nach Friedrichshafen. Deshalb müssen wir das begonnene Werk zu Ende führen. Die Kosten der Fahrt trägt, wie bei der Nordamerika- und Südamerikafahrt, nicht das Reich und das deutsche Volk, sondern zu 75 Prozent das Ausland und zu 25 Prozent die Philatelisten in aller Welt. In sechs Tagen hoffen wir, Ihnen von einer erfolgreichen Fahrt weiter berichten zu können.

Nach Dr. Edener äußerten sich Ingenieur Bäuerle und Kapitän Schiller über die Änderungen am Luftschiff und über die Ausrüstung der Expedition. Man mußte bloß zu dem Kühlwasser ein Gefriereschutzmittel hinzufügen. Außerdem sei auch dafür gesorgt, daß die Maschinen mit bestem Öl erwärmt werden können. Kapitän Schiller erklärte, daß so reichlich Betriebsstoffe an Bord seien, daß das Luftschiff 5, 6, ja 7 Tage in der Luft sein könne, ohne daß irgendwelche Beunruhigungen notwendig seien. Schiller betonte ausdrücklich, daß eine eigentliche Polarfahrt nicht in Frage komme. Das Gebiet, das man wissenschaftlich zu erforschen gedenke, sei noch ungefähr 600 Kilometer vom Pol entfernt.

Zum Schluß äußerte sich der wissenschaftliche Leiter der Expedition, Prof. Samoilowitsch, über Ziel und Zweck der Reise. Er erklärte u. a., daß die Expedition hoffe, noch festes Land zu entdecken. Hauptzweck jedoch wolle man Beobachtungen machen, wie das europäische Klima durch die Arktis beeinflusst werde.

Diese kurzen Mitteilungen wurde durch Radio über alle deutschen Sender verbreitet.

Aleine Chronik

In einer Waschküche in Worms explodierte am Donnerstag der Kupferbehälter einer elektrischen Waschmaschine, den die Besitzerin mit ihrer Hausangestellten mit Benzin gefüllt hatten, um Kleidungsstücke zu reinigen. Die beiden Frauen erlitten tödliche Verletzungen.

Der Seniorchef des Bankhauses J. Weiler Söhne in Frankfurt a. M., das seit mehr als 120 Jahren in Frankfurt a. M. ansässig ist, hat sich mit Veronal vergiftet. Der Grund dürfte in Schwierigkeiten des Bankhauses zu suchen sein.

Wegen Veruntreuung von Geldern beim Reichsamt für Landesaufnahme in Berlin hat die Staatsanwaltschaft I Anzeige erhoben gegen den Regierungsinспектор Bluhm, den Verwaltungssammler Wolff und den Oberregierungssekretär Baer und Wendt, wegen schwerer Amtsunterschlagung. Sämtliche vier Angeklagte befinden sich in Untersuchungshaft.

Der 11jährige Schüler Alfred Kersch wurde heute um Mitternacht bei einem Einbruch in eine Lebensmittelexpedition in Berlin-Schöneberg von dem Wächter festgenommen, nachdem ihn dessen Hund gestellt und an der Hand erheblich verletzt hatte. Die polizeilichen Ermittlungen haben bisher ergeben, daß der 11jährige Junge seit Februar nicht mehr in der Schule war. An dem Einbruchversuch waren noch zwei weitere Jungen beteiligt.

Von den Opfern der Schiffskatastrophe des „St. Philibert“ vor der Loire-Mündung sind weitere 20 Leichen an der atlantischen Küste geborgen worden.

In Sevilla ist am Donnerstag um Mitternacht der Kriegszustand verhängt worden, nachdem im Verlaufe des gestrigen Nachmittags die besonders von Kommunisten geführten Streikunruhen einen immer extremeren Charakter angenommen hatten. Das kommunistische Parteibüro ist geschlossen worden. Die Streikopferanten sind gezwungen, mit erhobenen Händen zu gehen.

Badischer Teil

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Oberrealschüler Oskar Niefer in Breisach, der sich in vier Fällen bei der Rettung von Ertrinkenden aus dem Rhein ausgezeichnet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Von der Ringverlegung

Die Niesenarbeit von den Toren der Stadt Rehl macht mehr und mehr Fortschritte. Vier der größten Baufirmen sind dabei, der Ring ein neues Bett zu schaffen. Neue Strahlenzüge, riesige Hochwasserdämme, neue Bahndämme, neue Brücken und Böschungen entstehen und geben der Landschaft ein völlig verändertes Bild. Mitten aus all dem scheinbaren Durcheinander hebt sich das wunderbare Profil der neuen Betonbrücke, die die größte freischwebende Betonbrücke Deutschlands ist. Schon ist sie ihrer Holzverschalung entledigt und leuchtet in blendender Weiße weithin hinaus ins Land, ein neues Wahrzeichen des Oberrheins. Schon sind die hohen Zufahrtsdämme zur neuen Brücke aufgeschüttet, sie werden zur Zeit mit Granitsteinen befüllt. Die Grundpfeiler der neuen Eisenbahnbrücke stehen bereits; mit dem Bau der Brücke wird in den nächsten Tagen ebenfalls begonnen.

Wertvolle Einblicke in die geschichtliche Vergangenheit Rehls gewähren auch die zahlreichen Funde, die aus früheren Zeiten bei dieser Arbeit ans Tageslicht gefördert werden. So hat man Überreste einer großen Holzbrücke gefunden, die wohl zur alten Rheinbrücke gehörte. Zahlreiche alte Säbel, Bajonette, Ätze und andere Kriegswaffenzeuge zum Teil aus den Freiheitskriegen fanden sich, schärfen die Niesenarbeiter zutage. Weiter auch Kanonenkugeln, bis zu 50 Pfund schwer, aus den früheren Kämpfen hervorgehend, wurden gleich zu Tausenden gefunden, desgleichen ein Säbelnauf, wunderbare Arbeit eines Waffenschmiedes u. a. m.

Aus dem Bericht des Badenwerks

Die Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk), Karlsruhe, legt im Bericht ihres Vorstandes über das 10. Geschäftsjahr 1930/31:

Im abgelaufenen 10. Geschäftsjahr stieg der Anschlußwert um 20 088 Kilowatt auf insgesamt 175 529 Kilowatt. Die Zahl der im Kleinverkauf belieferten Gemeinden erhöhte sich von 550 auf 567; sie umfassen 419 200 Einwohner mit 97 150 Haushaltungen, wovon 85 600 Haushaltungen, das sind 88 Proz., angeschlossen sind. Die Zahl der in diesen Gemeinden angeschlossenen Lampen stieg von 571 672 auf 650 896, diejenige der Motoren von 20 361 auf 22 140. Der Zuwachs von 17 Gemeinden ist in der Hauptsache auf die Übernahme von 12 Gemeinden im Neher Gebiet zurückzuführen, welche bisher von der Electricité de Strasbourg versorgt worden sind. Ausßer abgegeben wurden im ganzen Versorgungsgebiet 320 033 955 Kilowattstunden (241 586 802 im Vorjahr), wovon 308 589 800 Kilowattst. (231 271 704 auf Großverbrauch und 11 444 155 Kilowattst. (10 315 098) auf Verbrauch für Licht und Haushaltszwecke entfielen.

Die Steigerung des Absatzes um 32,5 Proz. war eine Folge außergewöhnlich günstiger, den Mittelwert um 38 Proz. übersteigender Wasserzuflüsse zu unseren eigenen Wasserkraftwerken; die hierdurch sich ergebende Mehrerzeugung führte zu einer erhöhten Stromabgabe an benachbarte nur wahlweise belieferte Werke. Dagegen brachte die andauernde Verschlechterung der Wirtschaftslage einen Rückgang im Absatz an die industriellen Großabnehmer im eigenen Versorgungsgebiet von 8 Proz. und im Absatz an die regelmäßig zu beliefenden Wiederverkäufer von 5,5 Proz. Im neuen Geschäftsjahr haben die günstigen Wasserverhältnisse bis jetzt angehalten; Neuanträge bewirken eine Erhöhung des Absatzes. Die gegen Ende des Berichtsjahres in Kraft getretene Ermäßigung der Strompreise wird sich im neuen Geschäftsjahr voll auswirken.

Der in Gernsbach unternommene Versuch, auf dem Lande an Stelle von Gas den Gesteinsober einzuführen, kann trotz der äußerst ungunstigen Zeit, in die er fällt, schon jetzt als gelungen bezeichnet werden, nachdem dort bereits in mehr als ein Viertel aller Haushaltungen elektrische Kochherde aufgestellt sind. Der Durchschnittspreis betrug bei den Kleinabnehmern 29,96 Pf. gegenüber 30,31 Pf. im Vorjahr.

Die Speicherpumpenanlage des Murg-Schwarzenbachwerkes wurde um eine zweite Pumpe von 18 000 Kilowatt Antriebsleistung erweitert. Das Kilovolt-Netz erfuhr eine Vergrößerung durch den Anschluß des Kraftwerkes Rbhurg-Schwarzenbach mittels einer von Laufenburg nach Schwarzenbach führenden Leitung und durch die Anschlußleitung zu den Kraftwerken der Schluchseewerk-A.G.; eine zwischen dem Elektrizitätswerk Straßburg und unserem Schalthaus Offenburg errichtete Leitung dient dem Zusammenanschluß mit diesem Werk. Die Belieferung des südlichen Teiles unseres mittelbadischen Versorgungsgebietes wurde durch den Bau einer 20-Kilovolt-Leitung Appenweier-Offenburg mit Schaltanlage im Schalthaus Offenburg verbessert. Durch unser Leistungsnetz ist nunmehr der Zusammenschluß aller bedeutenden Elektrizitätswerke in Baden und die Verbindung mit den Werken der benachbarten Länder hergestellt.

Die Badische Kraftlieferungs-Gesellschaft m. b. H., Freiburg i. Br., an der das Badenwerk mit 50 Proz. beteiligt ist, hat wiederum zufriedenstellend gearbeitet.

Die Schluchseewerk-A.G., bei der die Beteiligung mit 37,5 Prozent unverändert blieb, konnte inzwischen den Probetrieb des ersten und zweiten Maschinenlaufes im Werk Häufers und eines Saabes in Eichholz zur Vermeidung des gegenüber dem Vollausbau noch beschränkten Speicherraumes aufnehmen. Die Montage des dritten und vierten Maschinen-Aggregates im Hauptwerk Häufers und des zweiten Maschinen-Aggregates im Kraftwerk Eichholz hat begonnen.

Das Beteiligungsverhältnis an dem 30 Millionen Schweizer Franken betragenden Aktienkapital der Kraftwerk Rbhurg-Schwarzenbach-A.G. Rheinfelden, blieb mit 25 Proz. — 7 500 000 Schweizer Franken, wovon 80 Proz. — 6 000 000 Schweizer Franken, einbezahlt sind, unverändert. Trotz der im letzten Jahr nicht immer günstigen Wasserstände und Witterungsverhältnisse, konnten die Bauarbeiten programmäßig durchgeführt werden, so daß im Oktober 1930 zunächst aus einer Maschine und Anfang Januar 1931 aus der zweiten Maschine die Stromlieferung aufgenommen werden konnte. Die vollständige Inbetriebnahme des Werkes ist noch im Laufe des Sommers 1931 zu erwarten. Von diesem Zeitpunkt ab sieht dann jedem der vier Beteiligten eine Maschine zur Stromlieferung zur Verfügung.

Im Juli 1930 gründete das Badenwerk gemeinschaftlich mit der Stadtgemeinde Baden-Baden die Städtischen Werke A.-G. (Elektrizität, Gas, Wasser- und Verkehrsbetriebe) Baden-Baden. Am Aktienkapital dieser Gesellschaft von 3 000 000 RM beteiligte sich das Badenwerk mit 49 Prozent — 1 470 000 RM, die voll einbezahlt worden sind.

Auf die Beteiligung von 160 000 RM am Aktienkapital der Rheinkraftwerk Albrud-Dogern A.-G., Waldshut a. Rh., zahlte das Badenwerk die restlichen 125 000 RM ein. Für die von dieser Gesellschaft im Mai 1930 aufgenommene Schweizer-Franken-Anleihe von 40 Millionen haftet das Badenwerk mit 1 Proz. — 400 000 Schweizer Franken bis zur Fertigstellung der Verkanalung und bis zur Aufnahme der Stromlieferung, längstens aber bis zum 30. Juni 1935.

Von dem 1. Million Reichsmark betragenden Aktienkapital der 1928 gegründeten Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft in Berlin erwarb das Badenwerk im Oktober 1930 100 000 RM, wovon 25 Proz. — 25 000 RM einbezahlt sind.

Zwei interessante Pläne zeigen den Stand der badischen Elektrizitätsversorgung bei Beginn der Tätigkeit des Badenwerkes und am Schluß des 10. Geschäftsjahres.

Bürgermeisterwahlen. In Ballrechten (Amt Staufen) wurde an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Bürgermeisters Köfler Gemeindevorsteher August Schindler mit 111 Stimmen gewählt. 36 Stimmen erhielt Landwirt Heinrich Bürgel, 28 Stimmen waren zerstreut. — In Oberhausen (Amt Emmendingen) erhielten Landwirt Karl Oskar Weis 474 Stimmen, Landwirt August Witt 212 Stimmen, Bürgermeister Scholler 171 Stimmen. Weis ist damit mit überwiegender Mehrheit gewählt worden. — In der letzten Gemeinderats-sitzung in Böhrenbach (bei Donaueschingen) wurde die Bürgermeistereifrage behandelt, die durch das Gesuch des Bürgermeisters K. Kraut, ihn mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand zu versetzen, akut wurde. Der Gemeinderat beschloß dem Gesuch entsprechend. Über die Frage, ob die freigewordene Stelle für Böhrenbacher Bemerber ausgeschrieben oder ob ein Berufsürgermeister angestellt werden soll, konnte noch keine Einigung erzielt werden.

Rücktritt eines Bürgerausschusses. Wegen verschiedener Vorgänge in einer Sitzung ist in Auerbach der gesamte Bürgerausschuß zurückgetreten, so daß die neuerliche Sitzung nicht stattfinden konnte. Einstweilen wird die Gemeinde durch die Staatsbehörde verwaltet.

Gemeindeverordnungen

Voranschläge der Gemeinden

Obwohl der Voranschlag eine Senkung des Umlagefußes von 120 auf 85 Pf. vorsieht, hat ihn der Bürgerausschuß Obenheim mit 33 Stimmen der Rechtsparteien gegen 19 Stimmen der Linken abgelehnt.

Nachdem sich der Gemeinderat Rehl a. Rh. schon seit Monaten mit der Aufstellung des Voranschlags befaßt, ist er nunmehr zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen. In der letzten Sitzung wurde der Fehlbetrag mit 159 400 RM festgesetzt. Dieser Betrag erfuhr durch Abführung von 50 000 RM aus vorhandenen Überschüssen des Gas- und Wasserwerkes an die Stadtkasse eine Senkung auf 109 400 RM, von dem noch weitere Abstriche bis 99 000 RM gemacht wurden. Die Einnahmen belaufen sich mithin auf 1 742 500 RM, die Ausgaben auf 1 831 500 RM. Der Antrag, zur Deckung des Fehlbetrages von 99 000 RM die dreifache Bürgersteuer einzuführen, verfiel der Ablehnung, auf Grund deren es nicht möglich ist, den Voranschlag dem Bürgerausschuß zur Verabschiedung zu unterbreiten, weshalb Vorlage an das Bezirksamt erfolgen muß. Die Gemeindebesteuer wurde von 2,50 bzw. 2,85 auf 5 RM pro Hektoliter Lager- und Exportier erhöht. Eine Erhöhung dieses Satzes um weitere 50 bzw. 100 Prozent wurde einstimmig abgelehnt.

In der ersten Bürgerausschusssitzung unter dem neuen Bürgermeister Föcher wurde in Rehl (bei Rehl) der Voranschlag genehmigt, nachdem die wesentliche Änderung der Steuerfrage eine nochmalige Vorlage erforderlich gemacht hatte. Der Umlagefuß beträgt mithin vom Grundvermögen 72 Pf.; vom Betriebsvermögen 28 Pf. und vom Gewerbeertrag 519 Pf.

Der Voranschlag von Hach (Amt Baldkirch) wurde einstimmig genehmigt.

Der Voranschlag der Gemeinde St. Margen wurde mit 2 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Einnahmen betragen 36 505 RM, die Ausgaben 64 916 RM. Zur Deckung der noch verbleibenden 28 411 RM werden erhoben eine Umlage von 100 Pf. vom Grundvermögen, 125 Pf. vom Baldbesitz, 31 vom Betriebsvermögen, sowie die Bürgersteuer und die Biersteuer.

Voranschlag des Kreises Billingen. Der Hauptvoranschlag, ferner der Voranschlag für die Kreispflegeanstalt Geisingen und das dort befindliche Kreisjugendheim sind nunmehr endgültig aufgestellt. Die Kreisumlage soll betragen aus dem Grundvermögen 0,12 RM, aus dem Betriebsvermögen 0,05 RM und aus dem Gewerbeertrag 0,84 RM. Beim Gewerbeertrag sind die Steuerföcher um 0,06 RM ermäßigt worden.

H. Heidelberg, 23. Juli. Hier ist im Alter von 78 Jahren Generalleutnant a. D. August Rath gestorben, der vor dem Kriege Kommandant der Festung Graudenz war und 1913 in den Ruhestand trat. Rath stammt aus einer altangehörigen badischen Familie und begann seine militärische Laufbahn 1871. Als der Weltkrieg ausbrach, übernahm er in Heidelberg wohnende General das Kommando der 55. und später der 51. Landwehrinfanteriebrigade, die er im Oberfeld in ehrenvoller Weise führte.

Staatsanzeiger

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden für das Rechnungsjahr 1930 (Beträge in Tausend Reichsmark)

A. Ordentlicher Haushalt.

	Jahres- (Quartals-) betrag	
	1	2
I. Einnahmen:		
1. Steuern (nach Abzug der Überweisungen an die Gemeinden und Kreise)	142 305	138 220
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe (nach Abzug von Zuschüssen)	6 783	4 094
3. Sonstige Einnahmen:		
a) Zinsen	16 640	14 801
b) Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	22 897	23 178
c) übrige Landesverwaltung	51 980	49 897
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	239 605	230 185
II. Ausgaben:		
1. Zinsen	22 669	22 161
2. Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	88 637	86 869
3. Wohnungswesen	5 900	5 307
4. Hochschule und Hochschulwesenverwaltung	24 822	25 482
5. Sonstige Ausgaben	91 322	88 648
Abgaben insgesamt	233 350	228 467
Einnahmen insgesamt	239 605	230 185
Mithin Mehrertrag	6 255	1 698

B. Außerordentlicher Haushalt.

	Quartals- betrag für 2 Jahre	
	1	2
I. Einnahmen:		
a) Finanzertrag, Anteilnahme an der Währungsreform	26 982	6 712
b) Rest- und Administrativreste	6 712	—
Zusammen	33 694	6 712
II. Ausgaben:		
1. Verkehrsarbeiten	880	640
2. Wohnungswesen	16 000	10 099
3. Sonstige Ausgaben der Hochschuleverwaltung	19 564	19 268
4. Zuschüsse für Unternehmungen und Betriebe	196	482
5. Rest- und Administrativreste	13 429	—
Abgaben insgesamt	52 069	24 689
Einnahmen insgesamt	33 694	6 712
Mithin Mehrausgabe	18 369	7 967

Wichtig!

Rechnungsjahr 1930

A. Ordentlicher Haushalt.

Mehrertrag aus den Monaten April 1930 bis einschließlich März 1931

1 600

B. Außerordentlicher Haushalt.

Mehrausgabe aus den Monaten April 1930 bis einschließlich März 1931

7 968

Karlsruhe, den 21. Juli 1931.

Der Minister der Finanzen.

Dr. Raab

Aus der Landeshauptstadt

Der kommunistische Vöning seines Amtes als Stadtrat entthoben. Der kommunistische Landtagsabgeordnete und Stadtrat Vöning, der in der Rathauskassenschlacht, die bekanntlich nächste Woche vor dem Karlsruher Schöffengericht zur Verhandlung steht, eine besondere Rolle gespielt hat und auch sich in der Stadtratsführung fürzlich in unglücklicher Weise benahm, ist, wie die „Badische Presse“ erfährt, nunmehr von der staatlichen Aufsichtsbehörde seines Amtes als Stadtrat bis auf weiteres entthoben worden. Die Aufsichtsbehörde wird zunächst das Ergebnis der Gerichtsverhandlung abwarten und dann ein Disziplinarverfahren gegen Vöning wegen der Vorgänge auf dem Karlsruher Rathaus einleiten.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Wie zu erwarten war, wurde die Erstaufführung der Operette „Hohheit tanzt Walzer“, von Leo Fall, am Mittwoch, den 22. Juli mit großem Beifall aufgenommen. Die Operette, die sich würdig an die bisherigen Darbietungen anreicht, hat damit auch hier ihre Jugkraft bewiesen. Zu dem Erfolg trugen aber auch die glänzenden Leistungen des Ensembles bei. Der Besuch der Operette, die heute Abend wiederholt wird, kann nur empfohlen werden.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Das kontinentale Hochdruckgebiet hat sich inzwischen ostwärts verlagert, so daß wir in den Bereich einer flachen, über Frankreich heranziehenden Tiefdruckung gelangen werden. Für morgen besteht daher in erhöhtem Maße Gewitterneigung. Mit Rücksicht auf die in diesem Jahre offenbar nicht sehr beständige Sommerwitterung ist erneut ungesäumte Ausnützung der gegenwärtig trockenen Tage für Erntearbeiten geboten. — Voraussage: Meist heiter, sehr warm bis schwül und gegen Abend Wärmegewitter.

Wasserstände. Badstut 880 minus 11, Basel 206 minus 9, Schusterinsel 270 minus 11, Rehl 403 minus 22, Maxau 645 minus 12, Mannheim 596 plus 1, Taub über 200 Rm.

Handel und Wirtschaft

Börsen und Geldmarkt

Mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Zahlungsverkehrs blieben die deutschen Wertpapierbörsen weiter geschlossen. Die Auslandsbörsen, die in der vergangenen Woche unter dem Einfluß der deutschen Krise schwere Erschütterungen durch-

machten, haben sich beruhigt und die deutschen Werte sind wieder fester notiert.

Deutschland leidet unter einer nie erlebten Geldkrise. Sie ist so stark, daß eine der Notverordnungen die Gelddeckung unserer Währung um etwa 8 auf 32 Prozent herabgesetzt hat, womit die Möglichkeit geschaffen wurde, den Notenumlauf um rund 1 Milliarde auf 4,7 Milliarden zu erhöhen. Da unser Notenumlauf in den letzten Tagen rund 4,1 Milliarde betrug, können nur für 600 Millionen RM neue Noten gedruckt werden, während unser Geldbedarf auf fast 2 Milliarden angegeben wird. Infolgedessen hat die Reichsbank das Kreditgeld ganz beträchtlich versteuert durch Heraushebung des Diskontsatzes von 7 auf 10 und des Lombardzinsfußes von 8 auf 15 Prozent. Eine weitere Diskonthöhung erfolgte noch nicht. Die Privatbanken haben mit einer Erhöhung ihrer Soll-Zinsen auf 18 Prozent geantwortet, wozu noch 2 Prozent Kreditprovisionen kommen. Die Reichsbank will durch die Verteuerung des Geldes nicht zuletzt erreichen, daß ihr aus Ausland gebaumte Devisen verkauft werden müssen, ob der Verkäufer sie nun im In- oder Ausland gelagert hat. Hingegen kommen das aus Inflationzeit bekannte neue Verbot des Devisenhandels und die Androhung schwerer Strafen gegen den Schwarzhandel mit Devisen. Das deutsche Volk, dessen Inflationserlebnis nur wenige Jahre zurückliegt, hatte auf die neuen Geldschwierigkeiten mit einer begrifflichen Nervosität reagiert, im übrigen aber bisher bewundernswerte Disziplin gehalten.

Die Lage der Beamtenbanken

Die schwierigen Verhältnisse im Zahlungsverkehr haben — der „N. Bad. Landeszt.“ zufolge — jetzt auch die Reichszentralfasse der deutschen Beamtenbanken, die ihren Sitz in Karlsruhe hat, betroffen. Bei diesem Institut, das gewissermaßen als Ausgleich- und Girostelle für die angeschlossenen 60 Beamtenbanken fungiert, sind Störungen infolge eingetretener, als die den angeschlossenen Banken gewährten Darlehen zur Weitergabe an ihre Beamtenkundschaft nicht in dem Maße zurückgefallen sind, wie es dem sonst üblichen Monatsrhythmus entspricht. Die Zentralfasse hat schon immer um die Monatsmitte, die für sie die größte Beanspruchung darstellt, von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Kredite zur Verfügung gestellt bekommen. Diese reichten jedoch infolge der verstärkten Beanspruchungen der letzten Tage nicht mehr aus. Andererseits aber vermochte die Preussenkasse infolge der allgemeinen Verhältnisse weitere Mittel nicht zur Verfügung zu stellen. Durch Restriktion der Überweisungen an die der Reichszentralfasse

angeschlossenen Banken einerseits und die in den nächsten Tagen zu erwartenden Gehaltsüberweisungen andererseits hofft man jedoch, auch ohne weitere Hilfe von außen den Ultimo überwinden zu können.

Wie das Blatt auf Rückfrage von der Verwaltung der Reichszentralfasse in Karlsruhe erfährt, besteht keinerlei Gefahr, daß die jetzt fälligen Augustgehälter nicht zur Auszahlung gelangen würden. Die dafür benötigten Mittel, so wie die Reichsregelung vorgesehen ist, stehen den Beamtenkassen zur Verfügung. Eine Anspannung der Gelder ist infolge eingetretener, als der Überweisungsverkehr aus den Guthaben pro Bank auf 10 000 Reichsmark sich beschränkte und weiter dadurch, daß die Preussenkasse, die immer schon vorübergehende Mittel zur Verfügung stellte, selbst beschränkt wurde in der Verwendung ihrer Gelder.

Zahlungsstörung bei der Beamtenbank Bremen. Von der Beamtenbank Bremen e. G. m. b. H. wird folgendes mitgeteilt: Die finanzielle Erschütterung hat auch die Bank in Mitleidenenschaft gezogen. Sie sieht sich genötigt, zunächst ihre Schalter zu schließen. Die Eingänge, die sonst im regelmäßigen Geschäftsgang die Auszahlung der Verbindlichkeiten der Genossenschaft gewährleisteten, blieben infolge der restriktiven Maßnahmen der Reichsbank aus. Die vorhandenen Werte der Bank lassen sich so schnell nicht realisieren, um im Augenblick die notwendigen Auszahlungen zu ermöglichen. Den gegenwärtigen Zustand der Zahlungsstörung zu überwinden, ist sie bemüht. Die Hauptsache ist, daß die Interessenten in Anbetracht der vorhandenen Werte der Genossenschaft warten und damit dazu beitragen, eine günstige Gestaltung der Dinge zu erreichen.

Schröder-Bank, Bremen. Die Verhandlungen zur Stützung der Schröder-Bank wurden am Donnerstag in Berlin unter Beteiligung der Reichsbank, der bremischen Wirtschaft und des bremischen Staates weitergeführt. Offenbar bewegt sich der in diesen Besprechungen erörterte Sanierungsplan in der Richtung, daß der bremische Staat eine stärkere Beteiligung an der Schröder-Bank übernimmt, die sich aus der Umwandlung einer bestehenden Forderung ergibt.

Der Londoner Feingolddreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 22. Juli 1931 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11½ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 Pence.

Der ungarische Diskontsatz wurde auf 9 Prozent erhöht.

Saison-Verkauf

10 Proz. Rabatt

Koffer in jeder Preislage

Eigenes Fabrikat

In Damentaschen führe ich eine außergewöhnlich große Auswahl und stets das Neueste Aktenmappen — Schreibmappen QUALITÄTSSWARE

KOFFER-MÜLLER

Karlsruhe i. B., Waldstraße 45

Hochbauarbeiten für die Spielhalle eines Erziehungsheimes des Reichsbahn-Bahnhofes in Freiburg i. Br. nach den vom Reichsverbandungsausschuß aufgestellten allgemeinen Bestimmungen öffentlich zu vergeben: Erd-, Beton-, Maurer-, Steinhauer (rote Natursteine 19 m³, gelblich- oder gelblich-weiße Natur- oder Kunststeine 22 m³, Kunstgranitsteine 2,5 m³), Zimmer-, Grobholzer-, Entwässerungs- und Installationsarbeiten. Pläne und Bedingnisheft beim Reichsbahn-Neubauamt Freiburg, Wilhelmstr. 48 III, Zimmer 19, von 8—12 Uhr zur Einsicht, daselbst auch Abgabe der Angebotsurkunde, solange Vorrat reicht. Kein Versand nach auswärts. Angebote mit entsprechender Aufschrift postfrei bis 4. 8. 31, 11 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Freiburg, den 20. 7. 31. R. 570 Reichsbahn-Neubauamt.

ausländische Zahlungsmittel

(Noten, Guthaben, Schecks usw.)

von unseren Mitgliedern anzukaufen und zu verkaufen. Laut Notverordnung errichten wir für Bareinzahlungen, Reichsbankgiroüberweisungen, Postscheckeingänge und Devisenablieferungen

freie Konten

über die durch Barabhebung und Ueberweisung unbeschränkt verfügt werden kann. Wir verzinzen diese Guthaben entsprechend der Geldmarktlage.

Vereinsbank Karlsruhe

e. G. m. b. H.

L. 325

Hochberger Sparkasse Emmendingen

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva		Passiva	
	RM		RM
1. Rassenbestand	10 836,96	1. Spareinlagen	4 287 422,43
2. Guthaben bei Girozentrale, Banken und Post-scheckamt	77 818,84	2. Aufwertungs-spar-einlagen	1 631 213,84
3. Wechselbestand	375 703,25	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	327 775,29
4. Hypothekendarlehen	2 352 049,01	4. Anlehenskapitalien	52 697,23
5. Grundstückskaufgelber	43 437,—	5. Aufwertungs-konto	148 333,90
6. Schuldscheindarlehen an Private	213 524,95	6. Rücklagen:	
7. Darlehen an Gemeinden und andere öffentl.-rechtl. Körperschaften	605 324,35	a) gesetzliche Rücklage auf 31. Dez. 1929 322 832,06	
8. Darlehen in lfd. Rechnung	1 305 896,06	Zuweisung 1930	46 383,95
9. Betriebskapital bei der Girozentrale	110 500,—		369 216,—
10. Einnahmerückstände	88 118,42	b) Sonderrücklage auf 31. Dez. 1929 30 000,—	
11. Grundstücke u. Gebäude	68 001,—	Zuweisung 1930	10 000,—
12. Gerätschaften	1,—		40 000,—
13. Aufwertungsford-rungen	1 631 213,84	7. Verfügbarer Überschuß	25 765,79
	6 882 424,38		6 882 424,38

Berechnung der Rücklage:

Die Rücklage hat sachungsgemäß zu betragen:
 8% aus 4 615 197,72 RM = 369 216,— RM
 Sie beträgt auf 31. Dezember 1930 = 369 216,— RM
 Emmendingen, den 18. Juni 1931. R. 575

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Girt, Bürgermeister
 Der Geschäftsleiter: G. Engler, Direktor.

Inserieren bringt Gewinn!

Öffentl. Sparkasse Langensteinbach

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen		Schulden	
	RM		RM
1. Rassenbestand	7 608,95	1. Spareinlagen	478 103,69
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	20 149,88	2. Aufwertungs-spareinlagen	199 952,42
3. Wertpapiere	2 940,—	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	15 694,07
4. Wechsel	1 975,—	4. Anlehens- und andere Schulden	32 675,—
5. Darlehen auf Hypothek	462 035,—	5. Ausgaberrückstände	1 930,35
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	43 601,03	6. Rücklagen (gesetzlicher Reservefonds)	33 286,89
7. Darlehen auf Schuldscheine	29 721,15	7. Reingewinn vom Jahr 1930	14 190,06
8. Verbandseinlage	11 800,—		
9. Aufwertungs-forderungen	163 881,43		
10. Einnahmerückstände	32 119,04		
11. Gerätschaften	1,—		
	775 832,48		775 832,48

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 693 750,18 RM (§ 21 der Buch-Ordn.) = 55 500,— RM
 und beträgt auf 31. Dezember 1930 = 47 476,95 RM
 Es fehlen somit noch = 8 023,05 RM
 Langensteinbach, den 20. Juli 1931. R. 576

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Schöpfle.
 Der Geschäftsleiter: gez. Weder

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Nehmen Sie



Gommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Samstag, den 25. Juli 1931

Die Rose von Stambul

Operette von Leo Fall

Dirigent: Hilger

Regie: Reifner

Mitwirkende:

Löfer, Lehner, Jenfen, Lederer, Schnitzer, Macher, Biegler, Hofer, Hellmuth, Mehner, Kurr

Anfang 20. Ende 23

Preise 1—4 RM.

So. 26. 7. Hohheit tanzt

Walzer

Druck G. Braun, Karlsruhe.